# **GGP-Referat-Binnenmarkt**

# Allgemein

Bezeichnung für einen internen Markt mit freiem Waren- und Dienstleistungsverkehr, mit freiem [Kapitalverkehr](http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/kapitalverkehr.html) sowie [Freizügigkeit](http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/freizuegigkeit.html) der Arbeitnehmer und [Niederlassungsfreiheit](http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/niederlassungsfreiheit.html) der Selbstständigen.

Ist im Jahr 1993 in der EU eingeführt worden und ist ein bedeutender Schritt in der Wirtschaftspolitik gewesen. Für die Regeln für diesen gemeinsamen Markt, die über 80.000 Seiten lang sind, ist die Kommission (exekutive, wie Regierung in einem Staat) zuständig.

## Vier Freiheiten:

**Freiheit**…

…der Dienstleistungen (Niederlassungsfreiheit)

…Freizügigkeit der Arbeitskräfte (Arbeiten wo man will)

…der Waren (Ungehinderter Import und Export)

…des Kapitals (Investieren und Geld anlegen, wo man will)

# Währungsunion

Wenn man vor des Jahr 1999 zurückschaut dann hat es weichere und härtere Währungen gegeben. Weiche Währung ist eine Währung die sich im Gegensatz zu den führenden Währungen in ihren Wechselkurs immer mehr verschlechtert. Für die Einführung einer gleichen Währung muss man die nationale Währung einander anpassen und Konvergenzkriterien festlegen. Was sind Konvergenzkriterien?

**Konvergenzkriterien (Maastrichkriterien)**

Sie sollen eine wirtschaftliche Stabilität sorgen und sind z.B:

* Niedrige Inflation (sie darf nur 1,5% über denjenigen der drei Preisstabilsten Mitgliedstaaten liegen)
* Begrenzte Staatsverschuldung (max. 60% des BIP)
* Jährlicher Budgetdefizit max. 3% des BIP (Budgetdefizit ist der Betrag um den die Ausgaben die Einnahmen eines Staatshaushaltes übersteigen.
* Geringe Schwankungen des Wechselkurses gegenüber des Euros

Um wieder zur Währungsunion zurückzukommen:

Also bei der Währungsunion geht es darum, dass Staaten ihre Staatverschulden geringhalten oder verringern da dies inflationär. Inflationär heißt das die Währung an Wert verliert, weil sie überbenutzt wird. Dadurch sind dann höhere Zinsen die Folge und wenn der Staat die Währung abwerten würde, hätte er gegenüber anderen Vorteile im Handel.

## Stabilitäts- und Wachstumspaket

Diese wurden verwendet für die Wertsicherung des Euros geschlossen. Wenn Euro Staaten längere Zeit gegen die Konvergenzkriterien verstoßen, werden sie zuerst verwarnt und später bestraft. Es gibt aber Ausnahmen bei Naturkatastrophen oder Konjunktureinbrüche.

# Europäische Zentralbank

Die EZB hat den Sitz in Frankfurt am Main und ist ein Organ der EU. Sie ist entstanden mit der Zusammenführung der Nationalen Zentralbanken und sie ist gegenüber der EU unabhängig. Die EZB ist allein für die Ausgaben des Euro zuständig aber es erledigen meist die nationalen Notenbanken die in jedem Mitgliedstaat vorhanden sind. Die nationalen Zentralbanken übertrugen einige Währungsreserven wie Gold und Devisen (ausländische Zahlungsmittel).

## Wohlstand durch Schulden

Wenn Staaten in einer schwachen Konjunkturphase sind, probieren sich die Staaten mit Neuverschuldungen herausziehen. Sie verkaufen meistens Staatsanleihen an Banken, Versicherungen und internationalen Geldanlegern. Desto unsicherer oder schwächer die Volkswirtschaft ist, desto mehr Zinsen müssen bezahlt werden. Staatsanleihen sind normalerweise sehr zuverlässig, da man nicht erwarten kann, dass ein Staat bankrottgeht.

## Geld und Währungspolitik

Hauptsächliche Aufgabe der Geldpolitik ist die Banknotenausgabe. Die EZB braucht sogenannte Währungsreserven, damit sie zum Beispiel Geld aus dem Umlauf nehmen können. Die EZB legt außerdem die Leitzinsen fest welcher wiederum die Geldpolitik beeinflusst. Bei einem niedrigen Zinssatz können die Banken billige Kredite vergeben aber die Geldwertstabilität wird gefährdet.

## Die EU als Solidargemeinschaft (Abbau von Disparitäten)

Eines der Ziele der EU ist Disparitäten, also Ungleichheiten, komplett abzubauen und gleiche Lebensbedingungen für alle Bürger und Bürgerinnen zu Schaffen. Es wird des Geldes umverteilt mit Hilfe von Fonds (bestimmte Zwecke vorgesehene Geldmittelbestände). Mit diesem Geld werden dann zum Beispiel Verkehrswege gebaut, Arbeitsplätze geschaffen und soziale Probleme (Krankenversorgung) gelöst.

Staatliche Beihilfen sind von der EU eigentlich nicht erwünscht, da sie den Wettbewerb verzerren (Wettbewerbsbedingungen ungleich). Es können aber Förderungen von der EU-Kommission eingestimmt werden. Die EU gibt ebenfalls Förderungen, aber nur an Projekte die den Wettbewerb nicht behindern. Aus Brüssel bekommt man nur Geld, wenn der betreffende Staat mitzählt.

In den Regionen der EU die wirtschaftlich schwach eingestuft werden fließen am meisten Subventionen ein. Sie haben außerdem einen deutlichen Entwicklungsrückstand, d.h. dass das BIP/Kopf unter 75% des EU Mittelwertes liegt. (Konvergenzregionen) heißt, dass eine Annäherung an das Wirtschafts- und Wohlstandsniveau der reicheren Regionen. 95% der EU-Förderungen kommen den benachteiligten Gebieten zugute. Sie sind benachteiligt da sie eher am Rand der EU liegen oder sind ehemalige kommunistische Staaten. 100 Mio. Menschen leben in diesen Gebieten und werden indirekt oder direkt von dieser Hilfe profitieren, doch es wird nicht immer sorgsam damit umgegangen.

Die Kommission und die Mitgliedstaaten zusammen entscheiden welche Gebiete gefördert werden sollen und welche nicht.

## Fonds aus denen die Fördergelder kommen:

**Fonds für regionale Entwicklung (EFRE):** Hilfe bei der Umstellung veralteter Industriegebiete, bessere Lebens- und Arbeitschancen im ländlichen Raum

**Sozialfonds:** Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, Förderung der Beschäftigung für Frauen und Jugendliche

**Kohäsionsfonds:** Förderung von Verkehrseinrichtungen und Umweltschutz in ärmeren Regionen

**Ausgleichs- und Garantiefonds:** Förderung der Anpassung der Produktion an die Marktbedürfnisse sowie die Verarbeitung und Vermarktung im Bereich Landwirtschaft

**Interreg:** Förderung von Grenzregionen an den Außen- und Binnengrenzen besonders von grenzüberschreitenden Projekten.

## Und zum Schluss:

Wie finanziert sich die EU?

Abbildung 141.2